

Auf dem Weg zur „strategischen Partnerschaft“?

Bundeskanzler Schröder zu Besuch in Indien

Von Bernd Basting

Bundeskanzler Schröder besuchte vom 6. bis 7. Oktober 2004 Indien. In seinem Tross befanden sich neben führenden Akteuren der deutschen Wirtschaft auch die Bildungsministerin Bulmahn sowie namhafte Repräsentanten deutscher Bildungsinstitute und Universitäten. Am ersten Tag des Staatsbesuchs standen die Möglichkeiten der ökonomischen und wissenschaftlichen Kooperation im Vordergrund, der zweite Tag war politischen Gesprächen vorbehalten. Schröder traf außerdem zusammen mit dem indischen Staatspräsidenten Kalam, dem neu-gewählten Premierminister Manmohan Singh und Sonia Gandhi, Präsidentin der regierenden Kongress-Partei.

Haupziel der künftigen bilateralen Kommunikation sollen die substantiell zu verbessernden Beziehungen zwischen Delhi und Berlin sein, die dadurch eine verstärkte „strategische Dimension“ bekommen sollen. Der indische Regierungschef Singh erklärte das große Interesse Indiens an einer neuen „strategischen Partnerschaft mit Deutschland, dem „geographischen und wirtschaftlichen Herz Europas“. Der Bundeskanzler betonte seinerseits die Absicht Deutschlands, eine „strategische, das heißt auf lange angelegte Partnerschaft“ zu erreichen. Viel Lob fand der Kanzler für die zuletzt engagierte Rolle der indischen Führung im Annäherungsprozess mit Pakistan. Eine friedliche Beilegung des Jahrzehnte währenden Konfliktes um Kaschmir bezeichnete er als „im Interesse der Region, Europas und der ganzen Welt“. Schröder hob auch die großzügige Hilfe seines Gastgebers für den Wiederaufbau Afghanistans hervor. Er sicherte außerdem Indien aktive Unterstützung zu bei seiner Absicht, in engeren Kontakt zur EU und vor allem zur

G-8 zu kommen – dem Forum der wirtschaftsstärksten Länder der Erde. Darüber hinaus soll die schon vitale gemeinsame Initiative für einen indischen und einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen weiter forciert werden.

Ausbau der Beziehungen

Die politischen Gespräche waren ein Teil des deutsch-indischen Gipfels; der Austausch über die Möglichkeiten engerer wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Beziehungen der andere und vielleicht noch bedeutsamere Teil. So unterzeichneten die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und das indische Forschungsmi-nisterium eine Vereinbarung, die sowohl den Ausbau vier indischer Forschungseinrichtungen unter Mithilfe der MPG vorsieht, wie die vermehrte Zulassung indischer Studenten und Forscher an den deutschen Max-Planck-Instituten.

Bundesbildungsministerin Bulmahn gab ihrem Wunsch Ausdruck, den schon exi-

stierenden vielfältigen indisch-deutschen Verbindungen in punkto wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit „eine stärkere strategische Ausrichtung“ zu geben. Dazu gehöre auch die Einbindung des südasiatischen Partners in einige europäische Großprojekte.

Erfrischende Belebung des Dialogs

Im Zeitraum der letzten Jahre hatte für längere Zeit eine gewisse Apathie im Dialog zwischen Berlin und Neu-Delhi geherrscht. Jüngst geben sich in Indiens Hauptstadt Politiker, Wirtschaftsbo-sse und Wissenschaftsfunktionäre aus Deutschland indes wieder die Klinke in die Hand: Bundespräsident Rau besuchte – eine seiner letzten Amtshandlungen – den größten Staat des Subkontinents, im Juli 2004 war Außenminister Fischer da, nun Schröder und Bulmahn und dem-nächst auch Finanzminister Eichel und Wirtschaftsminister Clement.

Der deutsch-indische Dialog nimmt also

erneut Fahrt auf, mit größerem Tempo und höherer Dynamik, als je zuvor.

Angestrebt wird die Verwirklichung einer „strategischen Partnerschaft“, die die Beziehung mit einer neuen, intensiveren Qualität auszeichnen will.

Die Regierungsübernahme der Kongress-Regierung unter Manmohan Singh – dem Architekten der *New Economic Policy* (NEP) – im Sommer dieses Jahres bietet dazu einen willkommenen Anlass, den Dialog voranzutreiben.

Wirtschaftsbeziehungen als treibende Kraft

Außenpolitisch ziehen beide Staaten ohnehin am gleichen Strang, in ihrer Absicht, den langersehnten Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erlangen. Eine Entspannung zwischen den verfeindeten Nachbarstaaten auf dem Subkontinent und eine Beilegung des Kaschmir-Konfliktes liegt dabei ebenso im deutschen Interesse wie eine – in Hinblick auf Bevölkerungszahl (1,1 Milliarden) und ökonomisches Potential – angemessene Annäherung Indiens an die G-8 und Europa. Letzteres ist ja bereits durch regelmäßige Treffen zwischen EU-Kommission und indischer Regierung institutionalisiert.

Während die kulturellen Beziehungen zwischen Indien und Deutschland traditionellerweise sehr ausgeprägt und lebendig sind, besteht bei Wirtschaft und Wissenschaft noch Nachholbedarf. Den zu stillen ist nun Absicht beider Länder. Denn aktuell umfasst der Austausch von Gütern und Dienstleistungen nur ein Handelsvolumen von fünf Milliarden Euro (zum Vergleich: Deutschland - China: 50 Milliarden). Allzu lange hatte sich die deutsche Wirtschaft auf die südostasiatischen Tigerstaaten, auf Japan und vor allem auf die Volksrepublik China konzentriert und dabei den indischen Markt, mit einer Mittelschicht von heute 250 Millionen Menschen, vernachlässigt.

Nicht zuletzt die noch immer wirtschaftliches Engagement bremsende Überregulierung des indischen Wirtschaftssystems – ein Erbe der sozialistisch dominierten *mixed economy*-Zeiten vor 1991 – sowie die mangelnde Effizienz staatlicher und bürokratischer Entscheidungen hemmten hier bislang die

Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen. So benötigt ein ausländischer Investor zum Bau einer Fabrik in Indien durchschnittlich über drei Jahre, in China stattdessen nur ein Jahr. Doch die indischen Wachstumsraten von sechs bis acht Prozent, der große Konsumentenmarkt und die dynamische Expansion der indischen Wirtschaft, insbesondere in den hochmodernen Sektoren Informations-Raumfahrt- und Biotechnologie, Fahrzeugbau und Pharmazie, ziehen die deutschen Wirtschaftsakteure in vorher nicht gekanntem Maße an. Zum anderen begrüßt Deutschland seinerseits jetzt auch ausdrücklich indisches Investitionskapital.

Wissenschaft als Investition

Die beachtlichen Erfolge Indiens in den Zukunftsbranchen lassen Berlin auch verstärkt nach Kontakten zur Wissenschaft suchen. Hier gibt es bereits eine längere Zusammenarbeit, die auszubauen möglich ist: Schon seit den sechziger Jahren hat man Abkommen umgesetzt, als im Rahmen der *Atoms for Peace*-Initiative gemeinsam nach zivilen Anwendungen der Kernforschung gesucht wurde. Derzeit existieren immerhin schon mit 66 Hochschulen Kooperationen. Wenn Deutschland seinen angesehenen internationalen Status in Grundlagen- wie angewandter Forschung halten oder ausweiten will, wird ein regerer Austausch mit Ländern wie China und Indien immer bedeutsamer.

Wunsch nach Anerkennung

Indien hingegen braucht potente europäische Partner, um seine politischen und wirtschaftlichen Intentionen zu verwirklichen: Politisch will man als asiatische Großmacht und als *global player* endlich anerkannt werden und im Klub der Reichen und Mächtigen an Einfluss gewinnen. In diesem Kontext sind die Annäherungen an die G-8, die EU und den Welt-Sicherheitsrat zu verstehen. Um die heimische Wirtschaft weiterhin zu modernisieren und international auf Konkurrenzfähigkeit zu trimmen sowie den von

Manmohan Singh 1991 eingeleiteten Weg der *New Economic Policy* im Zeitalter der Globalisierung erfolgreich zu fortzusetzen, benötigt man dringend ausländische Investitionen, aber auch neue Export-Märkte für indische Produkte. Deutschland und Europa können hier für Indien zu zunehmend wichtigen Mitstreitern werden, zumal Delhi sich auf das fragile Verhältnis zu den USA nicht verlassen will. Russland ist zwar als Waffenlieferant willkommen, als ökonomisch-technologischer Partner aber zu schwach; und politisch ist das Vertrauen in die Volksrepublik China – trotz nun verbesserter Wirtschaftsbeziehungen – noch zu sehr von Misstrauen geprägt.

Ohne Frage: Indien wie Deutschland würden von einer engeren politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit wesentlich profitieren, in dieser Hinsicht hat der Besuch des Bundeskanzlers in Indien das Verhältnis wiederbelebt; allerdings müssen den Absichtserklärungen nun auch Taten folgen.